

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM
mit Zuträgen; einzelne Nummern 15 Pf
: Gemeinde-Verbands-Girokonto Nr. 3 :
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403
Postfachkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Petitzelle 20 Reichspennige, Eingelampt und
Reklamen 50 Reichspennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sehné. — Druck und Verlag: Carl Sehné in Dippoldiswalde.

Nr. 235

Mittwoch, am 8. Oktober 1930

96 Jahrgang

Ruhholzversteigerung.

Staatsforstrevier Schmiedeberg.

Mittwoch, am 22. Oktober 1930, vormittags 9 Uhr, im Gasthaus „Zur Post“ in Schmiedeberg. 203 Stämme 10/14 cm = 29,55 fm und 14850 St. Abf. 7/44 cm = 651,80 fm. Schlagholz Abt. 110 und 116. Durchforstungs- und Einzelhölzer Abt. 2, 4-6, 10, 18, 19, 22, 24, 31, 32, 36, 42, 45, 46, 48, 57, 63, 67, 68, 75, 77, 84-87, 93-95, 101-103, 108, 110, 113, 114, 116, 118, 120-122. Die Stämme sind entrinde, die Abf. entrinde und gerückt bez. gerollt. Die durchschnittliche Entfernung von der nächsten Verladeestelle beträgt 2-6 km.

Forstamt Schmiedeberg (Bez. Dresden), Forstklasse Dresden.

Vertilches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Im Laufe des gestrigen Vormittags wurde einem bei einem hiesigen Fleischermeister beschäftigten Dienstmädchen ein Geldbetrag von 105 M. und außerdem ein braunes Geldtäschchen mit 3 M. gestohlen. Der Dieb ist in die verschlossene Kammer wahrscheinlich mit Nachschlüssel eingedrungen und hat das Geld aus der ebenfalls verschlossenen Kommode entnommen. Der Fall mag allen denen zur Warnung dienen, die solch große Beträge immer noch zu Hause aufbewahren. Das Geld gehört auf die Sparkasse, wo es dem Einleger Zinsen bringt, zum andern der Volkswirtschaft nutzt. Das Mädchen wird von dem gestohlenen Gelde kaum wieder etwas sehen, und alle Freude und Hoffnung auf eine größere Anschaffung ist dahin. Von der Sparkasse hätte es das Geld zu jeder Zeit wieder zurückerhalten.

Dippoldiswalde. Tagesordnung für die 13. Stadtverordnetenversammlung Freitag, den 10. Oktober 1930, abends 8 Uhr. Kenntnisnahme von der Abrechnung der Kraftwagenlinie Dresden—Oberhau—Marienberg. Desgleichen von der Abrechnung über die beiden Beheizhäuser. Desgleichen von der Besichtigung der Linde an der Vorperle. Desgleichen vom Ergebnis der Verhandlungen betreffs Fußweganlagen usw. an der Dresden—Mittenberger Staatsstraße. Straßenfluchtlinienplan für das Giecholtze Baugebiet. Vorlage, betr. Begleichung von Bürgerjubilaren. Entschädigung der Kriegsschädigten gegen die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 7. 30. Oberflächenbehandlung einiger Durchgangsstreifen. Beteiligung der Gemeindefinanzämter, Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer betr. Einführung der Bürger- und Gemeindegetränksteuer.

Dippoldiswalde. Im Windischhaus fanden sich am Dienstag nachmittag die Gastwirte des Gastwirtsvereins „Weißeritztal“ ein, um über gefährliche steuerliche Angelegenheiten, die dem Gastwirtsstande abermals drohen, eingehend zu sprechen. Vorsitzender Oskar Taubert, Dippoldiswalde, begrüßte alle Erschienenen und drückte seine Freude über den guten Besuch aus. Besonders galt sein Gruß dem Bezirksvertreter Jahn, Glasbütte, dem Ehrenmitglied Hausbold, Dippoldiswalde, weiter dem passiven Mitglied Salzer, Dippoldiswalde, dem zum ersten Male anwesenden Kollegen Franke, Oberbärenburg, und den beiden Pressvertretern. Die Tagesordnung umfaßte diesmal nur vier Punkte. Man konnte aber sofort ersehen, daß die Durchberatung längere Zeit in Anspruch nehmen würde, da in einem Punkte die Biersteuer und Gemeindegetränksteuer behandelt werden sollte, die beide die Gastwirte entschieden ablehnen. Bekanntgegeben wurden zwei Dankeschreiben. Weiter lag ein Schreiben vom Sächsischen Gastwirtsverband vor, in dem um Angabe von unliebsamen Vorkommnissen gebeten wurde, die das Gastwirtsstande nur schädigen. Kenntnis genommen wurde von einem Artikel im „Freiheitskampf“: „Nationalsozialistische Gastwirte vor die Front!“ Zu genanntem Artikel wurden verschiedene Erläuterungen gegeben. Aufgenommen wurden die Kollegen Schild, Ripsdorf, und Karf Franke, Oberbärenburg. Den Hauptpunkt bildete, wie schon erwähnt, die Biersteuer und Gemeindegetränksteuer. In alle Gemeindevertreter ist eine Petition im Verein mit dem Saalhaberverband der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde und dem Gastwirtsverein Oberes Müglitztal herausgegangen, da durch die neue Notverordnung die Städte und Gemeindeverbände die Ermächtigung haben, eine Bürgersteuer, eine Biersteuer und auch noch eine Getränkesteuer zu erheben. Die Biersteuer und Getränkesteuer sei eine ungerechtfertigte Belastung gerade der Bürger, die auf den Besuch der Gaststätten angewiesen seien. Das Gastwirtsstande werde von jeder dieser Steuern sehr belastet; es befände sich in schwerer Not. Gastwirtsstande und Saalbetriebe würden immer schlechter besucht. Die gährende Leere in den Gaststätten und Sälen ermöglichten auch dem Laien, das Rechenexempel durchzuführen, daß der Wirt nicht einmal auf seine Unkosten komme. Wenn die Notlage von Reich,

Keine Landtagsauflösung.

Dresden. In der Dienstagssitzung des Landtags wurde der nationalsozialistische und der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages behandelt. Nach mehr als zweistündiger Aussprache kam es zur Abstimmung. Für den Antrag stimmten die 13 Kommunisten, 13 Nationalsozialisten — der Abg. Kunz war von der Sitzung ausgeschlossen worden — und die 4 Deutschnationalen. Die 10 Wirtschaftsparteiler enthielten sich der Stimme. Die übrigen 55 Abgeordneten sprachen sich gegen die Auflösung aus. Die Anträge sind damit abgelehnt.

Ergebnislose Wahl des Ministerpräsidenten

Nach zweistündiger Aussprache über die Wahl des Ministerpräsidenten wurde in die Abstimmung eingetreten. Es wurden insgesamt 96 Stimmen abgegeben. Für den von den Deutschnationalen vorgeschlagenen Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda wurden 46 Stimmen aller bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nationalsozialisten, jedoch mit Ausnahme der Demokraten und Volksnationalen, abgegeben. Auf den Reichstagsabgeordneten Lipinski entfielen 32 Stimmen der Sozialdemokraten, auf den Landtagsabgeordneten Renner 13 Stimmen der Kommunisten, auf den Minister des Innern Richter, 5 Stimmen der Demokraten und Volksnationalen. Da niemand die absolute Mehrheit von 49 Stimmen erreicht hat, ist die Wahl ergebnislos geblieben.

In der vor der Landtagsitzung abgehaltenen interfraktionellen Besprechung wurde endgültig festgelegt, daß alle beteiligten Fraktionen, bis auf die Demokraten und die Volksnationalen, mit der Wahl Dr. Krug von Nidda zum Ministerpräsidenten einverstanden seien. Ferner wurde festgestellt, daß die Zustimmung aller Fraktionen vorliegt, das Ministerium des Innern den Nationalsozialisten zu übertragen. In der Aussprache hierüber ergaben die Verhandlungen Uebereinstimmung der Anschauungen in der Richtung, daß die Polizei, die dem Ministerium des Innern untersteht, unter allen Umständen als ein überparteiliches Instrument der Staatsordnung erhalten bleiben müsse. Ferner wurde als selbstverständlich angesehen, daß man vor allem die bewährten Kräfte in der Zentralverwaltung beibehalte. Ebenso einmütig waren die Ansichten darüber, daß der Innenminister für die Wehrdienstverpflichtung zur Tragung der Lasten aus der Wehrdienstverpflichtung die nötige Unterstützung sichere.

Der Sitzungsbericht

Der Landtag zeigte am Dienstag das Bild eines großen Tages. Sämtliche Abgeordnete waren zur Stelle und die Tribünen überfüllt. Die sonst üblichen Auseinandersetzungen über die Geschäftsordnung fehlten heute ebenfalls, so daß sofort nach der Eröffnung der Sitzung Landtagspräsident Weckel dem sozialdemokratischen Abgeordneten Edel das Wort erteilen konnte, der in seinen Ausführungen zur Wahl des Ministerpräsidenten die Nationalsozialisten scharf angriff und sie als Büttel im Kampf gegen die Arbeiterklasse bezeichnete, wofür ihnen die Kommunisten Zutriebdienste leisteten. Der Redner ging dabei auf die vor kurzem erlassene amtliche Mitteilung ein, in der festgestellt worden war, daß in einzelnen Fällen von den Steuerbehörden stillschweigende Stundungen von Steuern vorgenommen worden seien, und daß Mietzinssteuern, die der Hauseigentümer eingemommen hatte, von ihm nicht an die Steuerbehörde abgeführt worden waren. Der Redner erblickt darin eine Korruption, für die er den früheren wirtschaftspartei-

lichen Finanzminister Dr. Weber verantwortlich machte und kündigte die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses an, der die Finanzgebarung und die Steuereinzahlung des früheren Finanzministers Dr. Webers prüfen solle, ebenso die Verbindungen, die zwischen dem wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Schmann und dem tschechoslowakischen Braunkohlenindustriellen Petschek beständen. Als der Redner den nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer als Hochverräter bezeichnet, erhielt er einen Ordnungsruf. Edel forderte für die SPD die Stellung des Ministerpräsidenten und kündigte außerparlamentarische Maßnahmen an, falls die Entscheidung wiederum nicht herbeigeführt werden könne.

Namens der bürgerlichen Parteien, die an den jetzigen Regierungsbildungsverhandlungen, von den Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei, beteiligt waren, erklärte Abg. Kaiser (Wirtschp.), daß von ihnen der ehemalige Staatsminister Dr. Krug von Nidda als Ministerpräsident vorgeschlagen werde. Außerdem forderte er beschleunigte Behandlung des sozialdemokratischen Antrages in bezug auf den früheren Finanzminister Dr. Weber.

Nachdem der kommunistische Abg. Sintermann sich in längeren Ausführungen gegen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gewandt hatte, lehnte Abg. Dehn (Dem.) die Kandidatur Dr. Krug von Nidda ab. Seine Fraktion würde dem jetzigen Innenminister Richter die Stimme geben. Gegenüber den Nationalsozialisten würden die Demokraten ihre Stellung bis zum Letzten verteidigen und die Auflösungsanträge ablehnen. Es käme nur ein Kabinett aus Fachleuten in Frage. — Auch der volkshonorable Abg. Vasse sprach sich in diesem Sinne aus.

Nach der verschiedentlich erregten Aussprache schritt das Haus zur Abstimmung, die das oben mitgeteilte Ergebnis, die wieder erfolglose Ministerpräsidentenwahl, ergab.

Dann ging man zur Aussprache über die von den Nationalsozialisten und Kommunisten eingebrachten Auflösungsanträge über. Abg. Dr. Frisch (Natsoz.) wandte sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokraten und gegen die Volksnationalen, denen anscheinend die Sozialdemokratie lieber sei, als der Nationalsozialismus. Auf einen Zwischenruf des volkshonorable Abg. Vasse: „Weil sie ehrlicher sind“ antwortet der Nationalsozialist Kunz: „Sie unverschämter Bengel“, wofür er vom Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen wird. Dr. Frisch schloß, daß die NSDAP Neuwahlen nicht zu fürchten brauche.

Auch der kommunistische Redner wandte sich wiederum gegen die Sozialdemokraten. Der Präsident ist infolge der dauernden Zwischenrufe gezwungen, mehrere Ordnungsrufe zu erteilen.

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtschp.) bedauert, daß das Volk wiederum ein solches Schauspiel geboten würde, und erklärt, daß seine Fraktion vorläufig noch nicht für die Auflösungsanträge stimmen werde in der Hoffnung, daß schließlich doch noch die Bildung einer Regierung des gesunden Menschenverstandes möglich sein werde. Mehrfache Ausführungen machte der volksparteiliche Abg. Hardt, während Abg. Sievert (Dm.) die Auflösung forderte.

Nachdem noch ein Kommunist und ein Nationalsozialist gesprochen hatten, erklärte der frühere Finanzminister Dr. Weber, daß er in bezug auf seine frühere Amtsführung nichts zu verschleiern habe, wogegen Abg. Edel (Soz.) betonte, daß er bei seinem Vorwurf bleiben müsse.

Nach der Abstimmung, die die Ablehnung der Auflösungsanträge brachte, wurde die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 9. Oktober, festgesetzt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen die Notverordnungen und der sozialdemokratische Antrag, der Auskunft über die Amtsführung des früheren Finanzministers Dr. Weber verlangt. — Die Donnerstagssitzung wird wahrscheinlich die letzte der Sommer-session sein und darauf eine vierwöchige Pause folgen.

figen Bezirk hätten zwei Abschriften von Konzeptionsgesuchen vorgelegen, um deren Ablehnung an maßgebender Stelle gebeten wurde. Die Beiträge zur Verbandskrankenkasse sind von 4% auf 6 Proz. gestiegen. Vor Beginn einer nicht öffentlichen Versammlung wurden noch die nächsten Versammlungsorte bekanntgegeben. Die Novemberversammlung findet im „Roten Hirsch“, die Dezember-Versammlung im „Freiberger Hof“ statt.

Wetter für morgen:

Noch heute, die östlichen Gebietsteile vielleicht ausgenommen, Erlebung und Regen. In den nächsten Tagen wechselhaftes und zum Teil auch anhaltendes Herbstwetter. Eintrübung mit Regen wechselnd mit sonnigem Aufklaren. Luftbewegung allgemein ziemlich lebhaft, in den freien Tagen vorübergehend selbst für nördlich, aus westlichen Richtungen. Im Flachland, besonders wenn Aufklaren auf die Tagesstunden fällt, zunächst verhältnismäßig mild.